

# Beschäftigungssicherung ist eine Illusion

von

Heiner Flassbeck  
als: Die Mär vom Lohnverzicht  
SZ, 24. November 2009

Beschäftigungssicherung ist das Gebot der Stunde, Beschäftigungssicherung ist das, was die Belegschaften wollen, so oder ähnlich klingt es aus den Vorstandsetagen wichtiger Gewerkschaften. Sogar die IG Metall stellt öffentlich Beschäftigungssicherung über Lohnforderung, will heißen, man verzichtet auf Lohn und Arbeitszeit, wenn nur die Mehrzahl der Köpfe im Betrieb gehalten werden können.

Doch das ist ein schwerwiegender Irrtum. Mit Lohnverzicht kann man die Beschäftigung in einem einzelnen Betrieb sichern, gesamtwirtschaftlich führt es tiefer in die Rezession. Jetzt, in der Krise rächt sich, dass die Gewerkschaften über viele Jahre nie ernsthaft der Frage nachgegangen sind, wie Arbeitszeitverkürzung, die ja immer schon mit dem Verzicht auf Lohn bzw. sonst möglichen höheren Lohnzuwächsen verbunden war, auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wirkt.

Nehmen wir den mittlerweile klassischen Fall. Die Firma Daimler macht Verluste und kürzt die Arbeitszeit der Mitarbeiter, die nicht schon in Kurzarbeit sind, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften um 10 % ohne Lohnausgleich. Im Gegenzug verzichtet man auf Kündigungen. Folglich sinkt die Lohnsumme der betroffenen 90 000 Arbeitnehmer um zehn Prozent, was bei einem durchschnittlichen Monatslohn von 4000 Euro eine Kostenreduktion für das Unternehmen von über 400 Millionen Euro ergibt. Immerhin, die erwarteten Verluste von Daimler werden dadurch erheblich reduziert!

Die gesamtwirtschaftliche Rechnung sieht anders aus: Die 400 Millionen, die Daimler spart, verringern bei unverändertem Kaufverhalten der Daimler-Mitarbeiter die Nachfrage anderer Unternehmen um genau diese Summe, weil die Daimler Arbeiter den Gürtel enger schnallen. Die zu erwartenden Verluste der anderen Unternehmen steigen also genau in dem Masse, in dem sich die von Daimler erwarteten Verluste vermindern. Für die Volkswirtschaft als Ganzes bringt die Sparmassnahme des Unternehmens und seiner Gewerkschaften folglich schon im ersten Zug keinerlei Verbesserung. Folgen aber die anderen Unternehmen wegen steigender erwarteter Verluste dem Daimler Beispiel und kürzen ebenfalls ihre Löhne, ist das der direkte Weg in die Katastrophe.

Nehmen wir an, die Löhne der zehn Millionen Beschäftigten aller Industriebetriebe in Deutschland würden im Laufe des nächsten Jahres im Einvernehmen mit den Gewerkschaften um zehn Prozent gesenkt, dann sinkt - wiederum bei unverändertem Sparverhalten der Arbeitnehmer - die ge-

samtwirtschaftliche Nachfrage allein von dieser Seite um etwa 50 Milliarden.

Was werden die Unternehmen insgesamt tun, wenn sie merken, dass ihre Verlufterwartungen immer wieder falsch sind, weil die Nachfrage immer wieder schwächer ist als erwartet? Noch einmal mit den Gewerkschaften verhandeln, um 20 Prozent Kürzung zu erreichen? Vielleicht werden sie auch versuchen, ihre Marktanteile bei sinkender Nachfrage dadurch zu halten, dass sie die Kostensenkung für Preissenkungen nutzen. Tut das nur ein Unternehmen, verschlechtert sich wiederum die Situation aller anderen. Tun es alle Unternehmen, sinken die Preise vielleicht so stark, dass die Arbeitnehmer ihren ursprünglichen Kaufkraftverlust wieder ausgleichen können, was hieße, dass sie real so viel in der Tasche haben wie vorher, obwohl sie weniger arbeiten. Dann gibt es gar keine Kostensenkung, aber eine Deflation wäre die Folge, die ihrerseits zu Kaufzurückhaltung führen würde, weil alle erwarten, dass die Preise bald noch stärker fallen.

Was also sollen die Gewerkschaften tun? Sie können doch nicht das Gleiche verlangen wie ohne Krise, hört man allenthalben. Doch, das genau ist der einzige Weg, die Krise rasch zu überwinden. Nur wenn die Konsumenten in Deutschland und das sind überwiegend Arbeiter und Rentner erwarten können, dass ihre Einkommen trotz Krise in normalem Umfang steigen, also entsprechend der mittelfristigem Trend des Produktivitätszuwachs von etwa 1 ½ Prozent plus der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank von zwei Prozent, kann Deutschland aus eigener Kraft die Krise überwinden.

Das können aber die Unternehmen nicht darstellen, deren Gewinne auslastungsbedingt in der Krise stark gesunken sind, wird dagegen eingewendet. Wenngleich man nicht vergessen sollte, dass die Gewinne vieler Unternehmen vor allem im Auslandsgeschäft in den letzten Jahren vor der Krise regelrecht explodiert waren, ist das Argument sicher in vielen Fällen nicht von der Hand zu weisen. Dennoch lässt die gesamtwirtschaftliche Logik keine andere Lösung zu, wenn Deutschland auf einen stabilen Wachstumspfad gelangen will.

Die Hoffnung auf den Export, der durch sinkende Kosten angeregt würde, kann man sich diesmal nämlich abschminken: Der Euro ist ohnehin schon kräftig gestiegen und würde noch weiter aufwerten, wenn die größte Volkswirtschaft der Eurozone wie schon von 2005 bis 2008 allein auf steigende Außenhandelsüberschüsse und damit auf neue Auslandsverschuldung der anderen Länder setzen würde. Hinzu kommt, dass sowohl Konsum wie Investitionen in Europa und den USA sehr schwach sind, Osteuropa noch tief in seiner Finanzkrise steckt und die Länder Asiens selbst alles daran setzen, Exportüberschüsse zu erzielen.

Folglich gibt es nur dann einen belastbaren Weg aus der Krise, wenn der Staat noch einmal, und zwar über noch höhere Verschuldung als ohnehin geplant, der Wirtschaft einen Impuls gibt, der die Unternehmen in die Lage versetzt, bei der Entlohnung das gesamtwirtschaftlich richtige zu tun. Eine Steuersenkung, wie von der Regierung geplant, ist dazu allerdings das am

wenigsten geeignete Mittel, weil sicher 15 bis 20 Prozent in höherer Ersparnis verpuffen und die berühmten „Leistungsanreize“ reine liberale Phantasie sind.

Weil man die Problematik der lohninduzierten Konsumschwäche in den USA weit besser als bei uns erkennt, ist übrigens der amerikanische Staat mit seiner Defizitpolitik viel aggressiver als in Europa. Um die Falle Lohnsenkung, in die eine Marktwirtschaft ohne staatliche Mitwirkung automatisch tappt, zu vermeiden, wird das amerikanische Defizit in diesen Jahr etwa dreimal so hoch sein wie das deutsche – gemessen am Bruttoinlandsprodukt etwa 12 Prozent. Dort hat man aus der Erfahrung Japans gelernt, das seit fast 20 Jahren erfolglos versucht, der deflationären Lohnpolitik zu entkommen, die nach dem Platzen einer großen Spekulationsblase Ende der 80er Jahren entstanden war.